



Ersterfassungsdatum: 17.11.2017

Aktenzeichen:

Antragsteller: BBB-Fraktion

Ersteller:

BBB-Fraktion

Beschlussvorlage	Drucksachen-Nr.: DS-267/2017
-------------------------	-------------------------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Haupt - und Finanzausschuss	28.11.2017	
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel	12.12.2017	

Titel:

**Antrag der BBB-Fraktion mit Änderungsantrag vom 28.11.2017 der Fraktionen CDU und SPD:
Streichung Security-Kosten Unterbringung Asylbewerber**

Beschlussvorschlag:

Im Budget 05315500 „Unterbringung der Asylbewerber“ sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 240.000,00 Euro zu reduzieren.

Begründung:

Da die für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen entstehenden Kosten entgegen erster Ankündigungen nicht vollständig durch den Main-Kinzig-Kreis erstattet werden, sind seit 2015 Defizite für diese Aufgabe, für die die Stadt Bruchköbel nicht zuständig ist, zum Teil in Höhe von bis zu 70.000,00 Euro monatlich entstanden. Dies wurde auf einen Aufwand von ca.20.000,00 Euro pro Monat reduziert. Angesichts der angespannten Finanzlage müssen freiwillige Leistungen konsequent auf ihre Notwendigkeit und Nachhaltigkeit überprüft werden. Um keine weiteren Defizite zu produzieren, ist der Sicherheitsdienst unverzüglich zum 01.01.2018 zu kündigen und die dafür geplanten Mittel im Budget 05315500 „Unterbringung der Asylbewerber“ zu streichen. Zahlreiche Nachbarkommunen kommen ohne den Einsatz von Security-Diensten aus. Für Bruchköbel ist keine besondere Situation ersichtlich, aufgrund derer ein ständiger Security-Dienst zwingend erforderlich wäre. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist Aufgabe des Landes Hessen und nicht der Stadt Bruchköbel.

Anlage(n):

1. Originalantrag